



## **Aufbegehren gegen die Herrschaft der Banken**

Die „Occupy Wall Street“ - „Besetzt die Wall Street“ - Bewegung -  
Ausgangspunkt einer neuen antikapitalistischen Protestbewegung

von

**Prof. Dr. Rolf Sieber**

Redaktionsschluss: 08. Dezember 2011

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97    Fax: 030/ 555 63 55    E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de)    Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

In den letzten Wochen und Monaten wurden in verschiedenen Medien immer wieder Nachrichten über eine neue Protestbewegung - die „Occupy - Bewegung“ - verbreitet. Ausgangspunkt waren die USA und dort die Protestaktion „Occupy Wall Street“. Sie breitete sich schnell in den USA, in europäischen Ländern und auch in der BRD aus. Der Protest richtete und richtet sich gegen die Herrschaft der Banken und Finanzindustrie. Auch auf den drei anderen Kontinenten, Asien, Australien und Afrika, fanden in einer ganzen Reihe von Großstädten bzw. politischen Zentren Protestaktionen ganz nach dem Vorbild der Occupy - Wallstreet - Bewegung von New York statt. Der damit verbundene Welttrend zur antikapitalistischen Protestbewegung wird auch für das Jahr 2012 erwartet.

Die folgende Analyse zugänglicher Nachrichten und Informationen soll zum Verständnis dieser Bewegung beitragen.

## **Über die Entstehung und den Charakter der Bewegung in den USA**

Von Anfang September bis Mitte November 2011 fanden sich in New York -Stadtteil Manhattan Menschen aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu Protestdemonstrationen zusammen. Ausgelöst wurden diese durch eine die Menschen erfassende Wut, die sich an erster Stelle gegen das ausbeuterische System von Banken und Finanzkonzernen richtete.

Die Demonstranten forderten spürbare gesellschaftspolitische Veränderungen zugunsten breiter Schichten der Bevölkerung.

Am 17. September 2011 gelang es einigen hundert Demonstranten unter dem Motto „Für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und für eine nachhaltige Umweltpolitik“ in New York, die von ihnen gewählte Losung „Occupy Wall Street“ (OWS, Besetzt Wall Street) in die Praxis umzusetzen. Ganz in der Nähe zur Wall Street, die von einer schwer bewaffneten Einheit der Polizei abgeriegelt worden war, befindet sich der private Zuccotti-

Park (Eigentum der privaten Immobiliengesellschaft Brookfield Office Properties), früher ein der Öffentlichkeit gehörender, bekannter und allseits beliebter Liberty - Park. Diesen Park besetzten die Demonstranten als Symbol für die Besetzung der Wall - Street. Die spontane Aktion fand bei der US-Bevölkerung große Unterstützung. Bürger im ganzen Land spendeten Geld, Kleidung und Essen für die Occupy-Aktionen.

Anfangs waren es vor allem junge Menschen, die auf Grund ihrer bitteren Erfahrungen aus der Arbeitslosigkeit (23 - 25 % Jugendarbeitslosigkeit) zusammen mit Studenten, die in den letzten Jahren vielfach durch Kreditaufnahmen zur Finanzierung ihres Studiums in finanzielle und materielle Notsituationen geraten waren, die die Kampfaktionen trugen und vielfach auch anführten. Einige Industriegewerkschaften, vor allem große Teile der New Yorker Gewerkschaften der Hafen- und Transportarbeiter, sowie verschiedene Bürgerorganisationen schlossen sich dem solidarisch an.

Nach einer am 12. Oktober 2011 veröffentlichten Umfrage der NBC-Rundfunkgesellschaft fanden die „Occupy Wall Street - Protestaktionen“ bei der Bevölkerung mit 37 Prozent deutlich mehr Zustimmung als die immer noch verhältnismäßig starke rechte, extrem-konservative Tea - Party - Bewegung, die auf 26 Prozent kam. Noch deutlicher fiel diese Art Zustimmung in einer weiteren Umfrage des Magazins Time aus. Hier bewerteten sogar 54 Prozent der US-Amerikaner die Aktionen positiv, während sich nur 27 Prozent hinter die Tea-Party stellten.

Nach einer Ende Oktober veröffentlichten Studie des Siena College in Loudonville glauben 58 Prozent der Wähler im Bundesstaat New York, die Gruppe „Occupy Wall Street“ repräsentiere mit ihren Taten die 99 Prozent der US-Amerikaner, die die Gier und Unmoral des verbleibenden einen Prozents der Bevölkerung nicht mehr tolerieren wollen.

Täglich setzten sich bis zu 3 000 aktive Bürger völlig freiwillig für den besetzten Park ein. Sie organisieren die ständig zu Auskünften bereiten Infostände, ein Medienzentrum, eine „Volks-

bibliothek“ mit politischer Literatur, eine Kantine mit dreimaliger Essenausgabe am Tage, medizinische Versorgung und juristische Betreuung. Um den Besuchern den Zugang zu erleichtern, wurden Wege mit Klebeband markiert. Der anhaltende Spendenfluss ermöglichte sogar eine zweite Ausgabe der tausendfach verteilten und aktuell informierenden Protestzeitung „Occupied Wall Street Journal“.

Als eine Räumung des Parks wegen hygienischer Probleme angedroht wurde, reagierten Demonstranten spontan und sofort mit der Durchführung einer großzügig angelegten Putz- und Verschönerungsaktion, so dass die Räumung durch einen Kompromiss mit dem Eigentümer zunächst verschoben werden konnte.

Während die großen einflussreichen Medien und viele US-Spitzenpolitiker zu Beginn der Occupy- Protestaktionen diese entweder völlig ignorierten oder alles damit Verbundene ins Lächerliche zogen, änderten sich bald in der Öffentlichkeit Ton und Arten des Reagierens: Präsident Obama, sein Vize Biden, Finanzminister Geithner und New Yorks Oberbürgermeister Bloomberg äußerten zunächst ein gewisses Verständnis für die Protestaktionen. Eine Reihe rechter Politiker reagierten umgehend mit Beschimpfungen und Angriffen. So Stratege der republikanischen Partei Karl Rove, der die Demonstranten als „verrückt“ bezeichnete, und der republikanische Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus und führende Repräsentant der Tea - Party - Bewegung, Eric Cantor, der von „wachsenden Pöbel“ sprach, den man unbedingt zurückweisen muss.

Sympathie und Unterstützung bekundeten von Anfang an in aller Öffentlichkeit bei ihren Besuchen im Park solche Persönlichkeiten wie der international anerkannte Filmemacher Michael Moore, die prominente Schauspielerin Susan Sarandon, die hoch geschätzte ehemalige Sprecherin und heute als Fraktionsführerin der Demokraten im Abgeordnetenhaus der USA tätige Nancy Pelosi, die in USA und weltweit geachteten beiden

Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Paul Krugman und Joseph Stiglitz und erstaunlicher Weise der Investor (und Milliardär) George Soros.

Professor Stiglitz erklärte vor den Protestierern, dass es heute in den USA um einen Krieg der Banken, die politische Prozesse gekapert hätten, gegen die Mittelklasse gehe. Die US-Bürger müssten den Druck gegen die Banken und Finanzkonzerne unbedingt verstärken und erweitern. Er forderte für die USA ein faires Steuersystem, das die Reichen und Banken in „Gottes eigenem Land“ nicht mehr bevorzugt, sondern vielmehr mit einer hohen, spürbaren Reichensteuer belastet.

Außerdem müssten in den USA neben dem auf über 46 Millionen Bürger angewachsenem Heer der offiziell Armen, auch die berechtigten Sorgen des Mittelstandes um seinen sozialen Abstieg, mit dem Einsatz aller nur möglichen Mittel beseitigt werden. Professor Joseph Stiglitz weitete den Blick aller Anwesenden auf gesellschaftliche Zusammenhänge, als er dazu aufrief, endlich „unsere Demokratie zu demokratisieren“.

Für Michael Moore sind Ziele und Stoßrichtung der Protestaktionen gegen die Wall Street klar: „Das hier ist das Volk, dem allzu lange die Macht, die ihm gehört, vorenthalten wurde. Die Leute haben endgültig genug und nun stehen sie auf.“ Die auf-rüttelnden Worte des weltweit anerkannten Dokumentarfilmmachers und erstklassigen politischen Publizisten stärkten die Protestler bei ihren politischen und sozialen Aktionen.

Die Occupy - Protestaktionen sind in ihren Anfängen wesentlich emotional geprägt und in ihrem Anliegen differenziert. Es gibt keine klare und von der Mehrheit anerkannte Agenda.

Einig ist man sich im Kampf gegen die Banken und die Gier der Finanzwelt. Daraus kann durchaus eine qualitativ neue Graswurzelbewegung entstehen, die Einfluss auf die Entwicklungstrends der US - Gesellschaft nehmen könnte.

Bisher zeichnen sich die Protestaktionen „Besetzt die Wall Street“ dadurch aus, dass die relativ kleine Gruppe Demonstranten als Vertreter von 99 Prozent der US-Bevölkerung sowohl gegen die Wall Street als auch gegen ein Wirtschaftssystem anrennen, das das herrschende eine Prozent der Gesellschaft immer reicher macht, während die Haushalteinkommen der allermeisten US-Amerikaner seit Jahren stagnieren oder sogar sinken. In New York und anderen Zentren wie Chicago, Washington, Boston, San Francisco und weiteren Städten und Regionen zählen die Demonstrationen nur mehrere Hundert, zu speziellen Kundgebungen in Ausnahmefällen einige Tausend Teilnehmer.

Zur bisherigen Zwischenbilanz der Protestaktionen zählt mit an vorderster Stelle die nicht zu übersehende Gegnerschaft vieler US - Bürger gegenüber Banken sowie besonders gegenüber Finanzkonzernen der Immobilien- und Versicherungsbranche.

Letzteren hat der Obama -Staatsapparat mit vielen Milliarden Dollar Steuermitteln geholfen, Folgen der Finanzkrise abzuwenden. Niemand in diesem Staatsapparat hilft jedoch einfachen Bürgern, wenn Zwangsversteigerungen des Hauses drohen, weil sie ihren Job verloren haben und die Hypothekenraten nicht mehr bezahlen können.

Im Oktober 2011 wurde bekannt, dass in New York einige Geschäftsleute unrechtmäßig Geld verdienten, indem sie T-Shirts, Handtaschen und Glaswaren mit dem Namen der Protestaktion vermarkteten. Sprecher der Bewegung erklärten, sie seien über diesen Schritt zwar nicht überrascht, aber die Proteste seien ausschließlich gegen soziale Ungleichheit und Unternehmertum ausgerichtet. Die zurückgewiesenen Unternehmer wiederum behaupteten, sie wollten damit lediglich die 'Botschaft der Bewegung' unters Volk bringen.

### **Vergleich zwischen Tea -Party-Bewegung und der Bewegung Occupy Wall Street**

Der Unmut über die Politik der Obama - Administration hatte 2009/2010 in den USA unter anderem zum ideellen und mate-

riellen Aufstieg einer breiten rechts-konservativen Bewegung beigetragen, nämlich der Tea -Party- Bewegung. Die Hoffnung der demokratischen und linken Befürworter und Aktivisten der Wall-Street-Protestler, dass sie ähnliche gesellschaftliche Unterstützungen erhalten könnten, hat sich bis heute nicht erfüllt. Republikanische Spitzenpolitiker verurteilen Aktivisten der Occupy - Bewegung als Gesetzesbrecher, deren Handlungen durchweg „antikapitalistisch“ und damit „unamerikanisch“ seien.

In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (30.10 2011) veröffentlichte Lisa Nienhaus einen interessanten Vergleich zwischen Tea Party und Occupy Wall Street - Bewegung. Sie schrieb:

„Zwei Protestbewegungen konkurrieren in Amerika: die Tea Party und Occupy Wall Street. Auf den ersten Blick könnten sie unterschiedlicher nicht sein, speisen sich die einen doch vorwiegend aus enttäuschten Wählern der Republikaner, die anderen aus enttäuschten Wählern der Demokraten. Und doch sind sie ähnlicher, als sie zugeben. Denn sie gehen zurück auf ein vergleichbares Grundgefühl. Die Politik ist korrupt und unfähig, die Zentralbank agiert unverantwortlich, die Bankenrettung war teuer und falsch. Nur die Rezepte gegen die Misere sind gegensätzlich: Mehr Staat oder weniger Staat, das ist hier die Frage.“

Drei ausgewählte Vergleiche in ausführlicher Fassung belegen besonders deutlich die prinzipiellen politischen, ökonomischen und ideologischen Unterschiede und Gegensätze zwischen der rechten, extrem konservativen Tea - Party - Bewegung und der kapitalismuskritisch ausgerichteten Occupy - Wall- Street in der Gegenwart (s. FAZ vom 30. 10. 2011,S. 38):

## **Der Feind**

Tea-Party: Barack Obama - Er ist der Präsident der gigantischen Konjunkturprogramme, der Gesundheitsreform und der Ret-

tung der Automobilwirtschaft. Barack Obama gilt den Tea - Party - Anhängern als einer, der die Staatsschulden maximiert, ohne dadurch Positives zu bewirken. Deshalb ist er der Feind. Die Banker verachtet der Tea - Party - Anhänger zwar fast ebenso, wie es der Occupy -Anhänger tut. Jedoch ist die Finanzindustrie höchstens Feind Nummer zwei. Zuerst ist die Regierung schuld daran, dass die Bankenrettung so teuer war.

Occupy Wall Street: Der Banker - Die Occupy -Bewegung sucht ihr Feindbild nicht zuerst in der Politik, sondern in der Wirtschaft. Eine der beliebtesten Verkleidungen auf ihren Demonstrationen ist die des Feindes: der Anzug des Bankers. Er steht für die Welt des Geldes, des Eigennutzers. Ihm werfen die Demonstranten vor, die Wirtschaftskrise Amerikas durch gewinn-süchtiges Verhalten herbeigeführt zu haben. Den Banker soll der Staat in die Schranken weisen und sich nicht länger von ihm kaufen lassen.

## **Die Steuern**

Tea-Party: Steuern runter - Es ist eine der klarsten Forderungen der Tea -Party-Demonstranten und - Politiker: Runter mit den Steuern! Ihrer Auffassung nach ist der Staat längst zu fett geworden. Die Anhänger der Bewegung wollen nicht mehr für Dinge zahlen, die sie für falsch halten (wie etwa die Ausweitung der staatlichen Gesundheitsversorgung). Sie haben es satt, dass deswegen Amerikas Schulden anwachsen und die Freiheit des Einzelnen (angeblich) beschnitten wird.

Occupy Wall Street: Steuern rauf für Reiche - Occupy Wall Street findet es für richtig, dass die Bürger Steuern zahlen, um damit etwa Sozialleistungen zu finanzieren. Worüber sie sich erregen, ist, dass die Reichen ihrer Meinung nach nicht genug Steuern zahlen. Die Occupy Wall Street- Demonstranten monieren, dass das reichste Prozent der Amerikaner sein Vermögen in den vergangenen Jahrzehnten zu brutal gesteigert hat. Der Staat solle dringend mehr umverteilen.



## **Der Sozialismus**

Tea Party: Bloß kein Sozialismus - Wenn eines die Plakatschreiber der Tea- Party eint, dann ist das ihre Ablehnung des Sozialismus und ihre Panik davor, dass Amerika sich längst auf dem Weg dorthin befindet. Präsident Barack Obama ist hier das Feindbild, aber auch die Bankenrettungen werden als Form des Sozialismus wahrgenommen. Kurz gesagt: Die Tea-Party will weniger Staat als bisher.

Occupy Wall Street: Sozialismus ist nicht übel - Die Occupy - Bewegung fürchtet den Weg in den umfassenden Wohlfahrtsstaat nicht, fordert auf ihren Plakaten manchmal sogar direkt, den Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika einzuführen. Auch weniger radikale Anhänger der Bewegung wollen immerhin, dass der Staat mehr Geld für Gesundheit, Bildung und Soziales ausgibt, allerdings auch weniger für Banken. Kurz gesagt: Occupy will im Prinzip mehr Staat als weniger.

### **Eine Wortmeldung besonderer Art.**

Interessanterweise hat sich der US-Milliardärs George Soros positiv zu den Zielen der Occupy - Wall - Street Bewegung geäußert. „Reiche müssen mehr zahlen, auch ich“

George Soros, 1930 in Ungarn geboren, 1969 Gründer eines eigenen Hedgefonds in New York, verwaltet heute „ein Vermögen von 24 Milliarden Dollar als 'family office' und unterliegt damit nicht den neuen Regeln der US-Börsenaufsicht. Er ist einer der Großspender der Demokratischen Partei und unterstützt auch Barack Obama.

Mehr als acht Milliarden Dollar steckte er bislang in seine „Open Society“- Stiftung, die sich weltweit für Demokratie und Menschenrechte einsetzt.

Allerdings ist hier anzumerken, dass diese Gesellschaft in verschiedenen Ländern Oppositionsgruppen unterstützt, die Frei-

heit und Demokratie nach amerikanischer Lesart durchsetzen wollen und sollen.

In einem Interview im Stern Nr. 45(3.11.2011) zum Thema: „Über die Unmoral der Märkte, die Rettung des Euro und seine eigene Doppelrolle als Spekulant und Staatsbürger“ bemerkte er zu einer entsprechenden Frage: „Ich hege große Sympathien für die Demonstranten gegen die Wall Street. Und ich würde mir durchaus wünschen, dass es einen Banker gäbe, der sich entschuldigt. Der sagt, wie maßlos hoch die Einkommen bisher waren. Wie verfault das System ist. Die Demonstranten haben allerdings in einem Punkt unrecht: Märkte sind nicht gut oder schlecht. Märkte haben keine Moral.“

Hinsichtlich der Ungerechtigkeit bei der Besteuerung äußerte er: „ja. Die Reichen in meinem Land müssen mehr Steuern zahlen. Auch ich müsste mehr Steuern zahlen. Darüber hinaus sollten Politiker endlich bessere Kontrollen einführen. Die Banken sind längst Hedgefonds geworden. Sie benutzen die Einlagen der Sparer, um auf eigene Rechnung zu spekulieren. Das gehört verboten.“

Auf die Frage warum dann drei Jahre nach Beginn der globalen Finanzkrise nichts geschehen ist erklärte Soros: „2008 erhielt die US-Regierung die Banken künstlich am Leben. Aber sie behandelte die wahren Ursachen der Krise nicht. Die Banken gaben ihre Giftpapiere an den Staat und machten wieder Geschäfte. So erhöhten sie die Zinsen für Kreditkarten-Schulden von 8 auf 28 Prozent. Und die Manager zahlen sich wieder Boni aus. Das macht die Menschen wütend, und zwar zu Recht. Den USA geht es schlecht. Präsident Obama hat die Kontrolle über seine Ziele verloren.“

*Soros über die Euro-Schuldenkrise:*

„Deutschland hat die besten Absichten, aber die falschen Rezepte. Eine Tragödie.“

*Soros über die Zukunft Amerikas:*

„Ich fürchte, wir könnten in einer Art diktatorischer Demokratie enden.“

Im Neuen Deutschland (22./23. Oktober 2011) analysiert Max Böhnel, dass die Proteste der 'Occupy Wall Street' durchaus eine neue kapitalismuskritische Bewegung auslösen könne was in großen Teilen dem von US-amerikanischen Linken und demokratischen Kreisen geäußerten Optimismus entsprechen würde. Berechtigterweise macht er aber auch auf Gefahren für die Bewegung aufmerksam.

„Doch die Bewegung ist auch Gefahren ausgesetzt. Nach wie vor halten sich sowohl altlinke Organisationen als auch sektiererische Gruppen zurück. Aber von rechts her strecken die Demokraten und mit ihnen die entsprechend politisch starken und finanziell gut ausgestatteten Stiftungen ihre Fühler in Richtung OWS aus. Die Washingtoner Führungsetagen, alle abhängig von Wall-Street-Spenden, schielen auf die Wahlen im November 2012. Es ist nicht auszuschließen, dass sich ein Teil der Bewegung für Wahlkampfzwecke kooptieren lässt. Andererseits ist OWS als exakte Reaktion gegen das Machtzentrum entstanden, das die USA in die schwere Krise geführt hat. Der Druck, den OWS bereits jetzt ausübt, könnte deshalb zu ernsthaften Reforminitiativen in Washington führen.“

OWS in New York hat innerhalb von vier Wochen jedenfalls Spenden von fast einer halben Million Dollar eingenommen, was das sprichwörtliche Überwintern in den eiskalten New Yorker Wohnungen denkbar macht.“

Aber es gibt auch Versuche die Occupy - Wallstreet - Bewegung „auf legale Weise“ zu unterlaufen.

Die Lobbyfirma Clark Lytle Geduldig & Cranford (CLGC) bietet US-Banken für 850 000 Dollar Hilfe an, um in der Bevölkerung der USA die jetzt vorhandene Glaubwürdigkeit der Occupy-Bewegung zu zerschlagen. Bekanntlich zählt der Einsatz

hochprofessioneller Lobbyisten in der Hauptstadt Washington zum politischen Alltag.

Der von der Lobbyfirma zum Kauf angebotene Plan enthält Maßnahmen, im Verlaufe von zwei Monaten in den US-Bundesstaaten Profil und Verhalten bekannter Persönlichkeiten der Occupy Wall Street Bewegung zu einem Wahlkampfthema für die Novemberwahlen 2012 zu entwickeln. Dafür sollen vor allem sogenannte Backraum-Checks der OWS -Aktivisten und deren Unterstützer eingesetzt werden: „Wenn wir zeigen können, dass sie dieselben zynischen Motivationen haben wie der politische Gegner, wird es ihre Glaubwürdigkeit ernsthaft untergraben. Ein entscheidendes strategisches Ziel ist letztlich, der Gegenseite irgendeine Art von Betrug nachweisen zu können.“

### Wie verhalten sich Staat und speziell die Polizei zu den Protestaktionen der Occupy - Wallstreet - Bewegung?

Erste Meldungen aus dem Bundesstaat Kalifornien belegen lt. Pressemeldungen von heb/AP/Reuters/dpa/AFP vom 26. Oktober 2011, dass sich die seit 2 Wochen protestierenden Anhänger der Bewegung „Occupy Oakland“ (Besetzt Oakland) nahe San Francisco mit ihrem Camp, das sich ausdrücklich zur Bewegung in New York bekannte, von Polizeieinheiten mit Einsatz von Gummigeschossen und Tränengas gestürmt und aufgelöst worden ist. Unter Protest wurden 85 Personen festgenommen. Die inhaftierte Mindy Stone wurde von der Zeitung „San Francisco Cronic“ interviewt: „Ich zelte nicht, ich demonstriere. Was hier heute passiert, ist skandalös.“ Als Hauptforderungen von „Occupy Oakland“ wurden genannt: „Die Menschen wollen die Macht der Banken brechen, verlangen höhere Steuern für Reiche und Verbesserungen im Sozialsystem.“

Nach Polizeiangaben nahmen in Oakland Beamte ihre Aktion aus folgenden Gründen vor: Wegen Teilnahme an einer unrechtmäßigen Versammlung und wegen illegalen Campings

vor dem Rathaus. Wie ein AFP-Fotograf berichtete, wurde mindestens ein Mensch verletzt. Er wurde von einem Tränengaskanister getroffen und blieb bewusstlos liegen. Die Stadtverwaltung hatte sich zuvor über sanitäre Probleme, angeblichen Drogenmissbrauch und Ausschreitungen in dem Zeltlager beschwert. Bei Gegendemonstrationen Richtung Rathaus wurde die Polizei mit Steinen und Eiern beworfen.

Eine Woche danach meldeten die internationalen Presseagenturen über die Fortsetzung der Oaklander Occupy-Bewegung, dass Protestler den Hafen der Millionenstadt San Francisco zeitweise besetzt und lahmgelegt hatten, in dem jährlich Ein- und Ausfuhren im Umfang von 39 Milliarden Dollar verschifft werden. Auch in diesem Fall wurde von Polizei und Sicherheitskräften Tränengas zur Bekämpfung eingesetzt.

Bis auf die Hauptstadt Washington, D.C, in der es gelang, die Genehmigung zur Durchführung von Demonstrationen dieser Art bis Ende Februar 2012 sowie die Einrichtung von dafür notwendigen Betreuungszentren auf zwei bekannten Plätzen in der Nähe zum Weißen Haus zu erhalten, wird von vielen Beispielen aus anderen Städten berichtet, dass schwerbewaffnete Polizeieinheiten gegen Protestierende vorgegangen sind, viele Verhaftungen von teils Hunderten Bürgern vornahmen und friedlich Besetzungen von Parkanlagen und Gebäuden brutal rückgängig machten und liquidierten.

Hunderte in New York vorübergehend festgenommene Demonstranten erwarteten von Justizorganen ausgehandelte Bestrafungen. Die ersten 70 Aktivisten wurden Ende Oktober/Anfang November von Staatsanwälten wegen Störung der öffentlichen Ordnung vorgeladen. Folgendes Verfahren wurde allen 70 unterbreitet: Bei dem Einverständnis, sechs Monate still zu sein, wird im Gegenzug keine Bestrafung erfolgen. Alle lehnten dies mit dem Hinweis ab, dass sie keine strafbaren Handlungen begangen hätten.

Unter der Regie des Ministeriums für Heimatschutz der Obama- Administration hatten sich Anfang November 2011 Bürgermeister dieser Städte mit ihnen unterstellten Einheiten der Polizei darüber verständigt und geeinigt, diese Camps gewaltsam zu liquidieren. In Vorbereitung auf New York - gewissermaßen als Flaggschiff - wurden die Occupy- Lager in Oakland, Salt Lake City, Denver und Portland geräumt, angeblich bevor der Winter komme. Der Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, Milliardär und ehemals in der Wall Street tätiger Manager, erteilte der Polizei den Räumungsauftrag für die Nacht zum 15. November. In einer überfallartigen nächtlichen Aktion, ausgerüstet mit Waffen und in voller Machtmontur sowie durch Einsatz von Hubschraubern fast in Tageslicht versetzt, wurden innerhalb von wenigen Minuten die Protestler vertrieben und alle Einrichtungen - Bibliothek, Informationszentrum, Versorgungseinrichtung, Zelte, Aufenthaltsräume u.a. - vernichtet, dem Erdboden gleichgemacht. Diese Knüppelaktion wird man dem Bürgermeister Bloomberg bestimmt nicht vergessen. Zwei Tage danach zogen 30 000 Demonstranten an seinem Amtssitz vorbei und hielten Schilder mit den Aufschriften in der Hand „Verhaftet Bloomberg“ und riefen „Fuck Bloomberg“ sowie „Bloomberg Beware, Zuccotti-Park is everywhere“ (Nimm Dich in Acht, Bloomberg, Zuccotti-Park ist überall).

Die Occupy-Bewegung ließ sich nicht einschüchtern: Sie kündigte sofort eine Blockade der Wall Street an, behinderte die Börse, rief auf zum „International Day of Action“, ab 7 Uhr morgens einen „Shut-Down-Wall-Street“, das Dichtmachen des Hochfinanzviertels, ab 16 Uhr auf den U-Bahn-Stationen „Volksaufklärungen“, ab 17 Uhr fordern Gewerkschafter vor dem Bürgermeisteramt Gelder für Jobs und Verbesserungen für Infrastruktur und schließlich danach ein gemeinsamer Marsch auf die Brooklyn Bridge. Am 5. Oktober waren dort bei einer Massendemonstration 700 US-Bürger vorübergehend festgenommen worden.

Die wichtigste Botschaft des weltweiten Aktionstages war, dass die Occupy -Bewegung auch ohne festes Zentrum weiter leben wird. 400 Sturmpolizisten können keine Idee töten, lautete einer der am meisten gehörten Slogans. Mahnwachen erinnerten an internationale Ereignisse, bei denen mit brutaler Staatsgewalt freie Meinungsäußerungen unterdrückt wurden.

Am 15. und 16. November wurden in New York durch die Polizei noch 250 Protestler festgenommen. Am 17. November demonstrierten 30 000 friedlich über die Brooklyn Bridge. Es war ein Marsch mit ungewisser Zukunft. Doch daran, dass es nicht das Ende der Occupy -Bewegung war, zweifelte nach diesem Aktionstag niemand mehr.

In zwei Monaten Occupy- Bewegung im Ursprungsland USA war es durch Besetzungsaktionen der Protestler gelungen, sowohl in New York als auch in einigen weiteren Städten und Gemeinden erfolgreich wirkende Camps aufzubauen und einzurichten. Die meisten Protestdemonstrationen verliefen friedlich, aber in New York, Boston Oakland und anderen Städten setzten Polizeieinheiten den Knüppel ein und nahmen Verhaftungen vor.

Am 4. Dezember 2011 wurde von der Washingtoner Polizei doch noch die brutale Methode zur gewaltsamen Räumung sogenannter illegaler Lager von Protestdemonstranten angewandt. 31 Personen wurden festgenommen, die auf dem Mr-Pershin-Platz, ganz in der Nähe zum Weißen Haus, eine acht Meter hohe Holzhütte errichtet hatten.

Am 6. Dezember wurden in zahlreichen Städten und Ortschaften sogenannte Sit-ins vor zwangsgeräumten Häusern und Parks durchgeführt. Für den 10. Dezember steht die Durchführung eines erneuten Aktionstages auf dem Kalender. Zwei Tage darauf wollen Aktivisten sämtliche Verladehäfen an der US-amerikanischen Westküste blockieren. Vorbild dafür ist die erfolgreiche Blockade des Hafens von Oakland am 2. November 2011 durch bis zu 50 000 Menschen.

Was den europäischen Kontinent betrifft, so erfolgten parallel zu New York ähnliche Liquidierungsaktionen zu den Zelt-Städten in Zürich und London. Der Räumungsbefehl der Stadtverwaltung von London für die mehr als 200 Zelte vor der St. Pauls Cathedral war besonders typisch dafür: Die Demonstranten wurden aufgefordert, bis zum 17. November ihre Zelte abzubauen. Andernfalls würden rechtliche Schritte gegen sie eingeleitet. Das Lager sei eine „widerrechtliche Blockade“ des Bürgersteigs. Die Verwaltung der Kathedrale erklärte, es sei das Recht der Stadtverwaltung, so zu verfahren.

Nach der am 15. November 2011 stattgefundenen brutalen polizeilichen Räumungsaktion des Succotti -Parks in New York lebt und kämpft die „Occupy Wall Street- Bewegung in den USA und weltweit erfolgreich weiter.

### **Der Funke sprang über! Weltweite Protestaktionen gegen die Banken und die Gier der Finanzkonzerne am 14. und 15. Oktober 2011**

Im Ursprungsland der Wall-Street-Protestaktionen, den USA, erwartete die Öffentlichkeit in den europäischen Ländern attraktive Aktionen, besonders in Deutschland.

Die Analyse von Angaben der Veranstalter und Pressemeldungen ergaben, dass sich am 14. Oktober 2011, in 82 Ländern und 951 Städten der Welt Hunderttausende Menschen an Kundgebungen, Demonstrationen und Besetzungsaktionen teilnahmen.

In Vorbereitung auf mögliche Protestaktionen am 15. und 16. Oktober 2011 unter dem Motto „Für echte Demokratie und gegen die Macht der Finanzmärkte“ gab es vielfach die Diskussion, ob auch in Deutschland ähnliches wie in den USA möglich sei. Wer die Medienberichterstattung dazu aufmerksam und kritisch verfolgte, der musste feststellen, dass viel über die Empörung gesprochen wurde, aber wenig über notwendige Forderungen zur gesellschaftlichen Veränderung der Situation. Die Absicht gewisser Gegenkräfte bestand offenbar darin, Proteste



lediglich als bestimmte Ventile zu nutzen, um dem Druck aus dem Kessel und ernsthaften Veränderungen an den Strukturen der Finanzmärkte aus dem Wege zu gehen.

Demgegenüber erklärte Stephan Lindner, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac und einer der Organisatoren der Protestveranstaltungen: „Attac fordert, Großbanken wie in den USA der 30er Jahre zu zerschlagen. Banken sollen entscheiden müssen, ob sie Kreditgeschäft oder Investmentbanking betreiben. Banken wie die Deutsche Bank würden dadurch aufgespaltet. Zudem muss Investmentbanken der Zugang zu billigen Krediten der Zentralbanken versperrt werden. Nicht zuletzt fordert Attac, die EZB demokratisch zu kontrollieren sowie ihr Versagen bei der Aufsicht der Banken zu untersuchen. Weltweit muss echte Demokratie hergestellt werden. Vermögende und Krisenprofiteure sind durch eine Vermögensabgabe zur Kasse zu bitten. Statt eines pauschalen Haircuts muss ein Audit in den besonders hoch verschuldeten Staaten stattfinden – und dann sind alle illegitimen und nicht tragfähigen Schulden auf sozialverträgliche Weise zu streichen.“ (ND 15./16. Oktober)

Schließlich konnte Attac melden, dass sich in der BRD, sich am Sonntag den 15. Oktober 40 000 Menschen an den Protestaktionen beteiligten. Laut Schätzungen der Polizei seien es entschieden weniger gewesen. Diese Art Angaben überrascht nicht, sie ist in der westlichen Welt für die Polizei inzwischen typisch geworden.

Es war die Innenstadt Frankfurt am Main, die ganz gezielt als Schwerpunkt für die Protestaktionen ausgewählt worden war. Mit dem sogenannten Bankenviertel und dem Standort der Europäischen Zentralbank war ein konkreter Ort gewählt, wo Demonstranten mit ihren Ideen und Vorstellungen über eine bessere neue Welt mit typischen und echten Verteidigern der internationalen kapitalistischen Finanzwelt aufeinander trafen. Die von der Polizei genehmigte Aufstellung von Zelten forderte

Tag und Nacht Diskussionen zwischen Zeltbesetzern und EZB-Angestellten geradezu heraus. Unter den Aktivisten der deutschen Occupy -Bewegung war der 20-jährige Wolfram Siener als Sprecher tätig und sehr gefragt. Aber bereits am darauf folgenden Montag meldete er sich als „Occupy“- Sprecher wieder ab. Durch einen unbekanntem Anrufer war Wolfgang Siener bedroht worden, gegen seine Familie werde mit Gewalt vorgegangen, wenn er nicht sofort zurücktrete. Im Frankfurter Protestcamp wurde diese Entscheidung Sieners bestätigt. Ab Montag war er nicht mehr erreichbar. Von einem neuen Sprecher war nicht mehr die Rede.

In der Berliner Zeitung (18.10.) wird Bundesfinanzminister Schäuble zitiert, dass er die Proteste ernst nähme und EZB-Chef Trichet sich gar zur Bewegung bekenne. Dazu die Camp-Teilnehmerin Martina Musig: „Mir ist gleich, was sie sagen. Sie sollen Taten sprechen lassen. ... Wir werden immer mehr. Und wir bleiben.“

Einer, der nicht namentlich genannt werden möchte, unterstrich, dass Demonstrationen und Besetzungen keine Lösungen herbeischaffen können, denn die Mehrheit der Menschen in der ganzen Welt brauchen sowohl Demokratie als auch ein Finanzsystem, das für sie da ist. Das Frankfurter Protestcamp ist von der Polizei nur auf Zeit genehmigt worden, was jedoch wirklich zählt, ist erfolgreiche Beständigkeit.

In Berlin wurde am 15.Oktober 2011 erfolgreich eine friedliche Protestdemonstration organisiert. Eine Besetzung gelang zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Nach Angaben der Veranstalter - nahmen eine ganze Reihe von alten und neuen Organisationen, als „ganz normale Bürger an der globalen Occupy Wall-Street-Bewegung“ teil. Es sollen wenigstens 8000 gewesen sein, die auf friedliche Art und Weise vom Roten Rathaus bis zum Bundeskanzleramt demonstrierten. Die Polizei schätzte nur 3 000, so dass mit Sicherheit von 5 bis 6

000 Teilnehmern ausgegangen werden kann, darunter, so die Tageszeitungen, viele Mittelständler und Freiberufler.

Aus den Berichten aller Medien ging hervor, dass es in Berlin unter den Demonstranten zwar keine einheitlichen politischen Positionen zur Lösung der krisenhaften Gesamtsituation gab, aber in einer ganzen Reihe von Einzelforderungen dominierten durchaus gemeinsame Nenner. Ein Teilnehmer beispielsweise hielt in Uniform gekleidet das selbst gefertigte Plakat hoch: „Lieber Banken kontrollieren als Fahrgäste!“. Die geforderte Steuer für Finanztransaktionen fand breite Zustimmung. Ein Diskussionsredner forderte die Umsetzung ausgefeilter Alternativkonzepte.

Referenten aus Spanien, Island und Griechenland berichteten darüber, wie sich die von den Politikern verkündeten, unterschiedlichen Programme zur Lösung der Finanzkrise Politiker in dramatischer Weise auf ihr Leben auswirken.

Auf großes Interesse stieß ein Konzept, das sich der Schuldenproblematik widmete. Dabei werden legitime und illegitime Schulden auseinander gehalten. Was durch riskante Finanzaktionen entstanden ist, so die Konsequenz, soll nicht mehr bedient, sondern vielmehr durch Staatshilfe beseitigt werden. <sup>1</sup>

Teilnehmer der Demonstration, die aus anderen Gebieten Deutschlands angereist waren, wollten die Geburtsstunde einer neuen Bewegung miterleben. Viele Berliner erhofften das gleiche - aber dafür waren eine ganze Reihe objektiver und subjektiver Voraussetzungen nicht gegeben. Es fehlte vieles und war auch zu Recht kein erklärtes Ziel der Demonstranten.

In Berlin führte das unmittelbare und harte Einschreiten von Polizeieinheiten zu starken Unmut und Frust bei den Protestierern - bis zur Gefahr einer Eskalation.

Am Ende der Kundgebung vor dem Amt der Bundeskanzlerin wollten Demonstranten mitgebrachte Zelte und einige Blumenrabatten als Zeichen der Besetzung auf der Wiese vor dem Bundestag aufstellen. Während in Frankfurt/Main vor der EZB

mit Duldung durch die Polizei ein 20-Zelte-Camp errichtet werden konnte, verbot dies die Polizei in Berlin. Alles wurde von den Polizisten wieder abgerissen und bis kurz vor Mitternacht am Sonnabend geräumt. Am darauf folgenden Sonntag protestierten etwa 100 junge Menschen gegen diese Räumungsaktion der Polizei. Gegen die aufgebrachten Bürger wurde Pfefferspray eingesetzt und vorübergehende Verhaftungen vorgenommen.

Am 18. Oktober 2011 wurde dann in der Berliner Zeitung auf der ersten Seite mit der Überschrift „Merkel hat Verständnis für Protest gegen Banken“ ihr Sprecher Steffen Seibert zitiert: „Die Kanzlerin kann auch persönlich verstehen, dass die Menschen auf die Strasse gehen. Die Regierung nehme die Proteste sehr ernst. Darin drücken sich eine tiefe Sorge aus und ein berechtigtes Gerechtigkeitsverlangen der Menschen. Allerdings sollten sich die Demonstrationen nicht allein gegen die Banken richten. Es seien Staaten gewesen, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten.“ So sollen die aufgebrachten Bürger beruhigt und die Verantwortung für die Finanzkrise ins Ausland verschoben werden. Verfolgen wir aufmerksam die politische Praxis in der nächsten Zeit.

Die Proteste gingen weiter. Am 22. und 23. Oktober fanden Protestaktionen in mehreren Städten Deutschlands statt.

Fast 6000 Demonstranten in Frankfurt am Main, 1500 in Berlin, 1500 in Köln und 1000 in Düsseldorf

Bei der Auftaktveranstaltung in Frankfurt/Main wiederholte Alexander Passadakis von Attac die bekannten und bereits zitierten Forderungen der Occupy - Bewegung. Forderungen, mit denen er wiederum Anklang und Zustimmung fand. Auf Transparenten und Plakaten standen die Losungen „Profiteure der Megakrise zur Kasse“, „Banken in die Schranken“, „Keine Macht den Banken“, „Game over“ und „Eat the Rich“.

Demonstranten besuchten nach der Abschlusskundgebung das Protestcamp, das auf 70 Zelte mit 200 Campern angewachsen war. Die mehrheitlich jungen Aktivisten erfuhren Zustimmung aus der Bevölkerung, der sich in aufmunternden Worten, aber auch in Geld- und Sachspenden ausdrückte. Bislang zeigen sich Polizei und Ordnungsamt in Frankfurt/Main kooperativ.

Viele Gewerkschafter unterstützen die Protestaktionen. Einige von ihnen bringen zum Ausdruck, dass sie schon lange zu den 99 Prozent gehören und freuen sich darüber, dass endlich eine breite Debatte über die Übel des Kapitalismus in Gang gekommen ist. Darauf warte man schon seit Jahrzehnten.

Aus Befragungen geht hervor - 87 Prozent der Bundesbürger können den Ärger der Demonstranten nachvollziehen. Nur 12 Prozent haben kein Verständnis dafür.

Ein Deutsch-Spanier, der an der Demonstration teilnahm, freute sich darüber, dass auch in Deutschland Verständnis für die Probleme der Spanier und Griechen wachse. Allerdings müsse die Occupy- Bewegung darauf gefasst sein, dass sie nicht ewig „Everybody's“ Darling sein werde. Für diese Warnung spreche auch die Mitte letzter Woche durchgeführte gewaltsame polizeiliche Räumung einer von Studenten besetzten Villa, die sich im Besitz des Landes Hessen befindet. im hessischen Landesbesitz. Diese Besetzung war eine Protestaktion gegen die katastrophale Wohnungssituation von Studierenden und ärmeren Menschen.

In Berlin waren es am 22. Oktober 2011 wie eine Woche vorher 1500 Anhänger von „Occupy“, die am Neptunbrunnen zunächst wegen polizeilicher Unangemeldetheit als 'Spaziergänger' ihre Demonstration begannen und in der Straße Unter den Linden noch einen Umweg machen mussten, aber schließlich gelang eine sehr erfolgreiche Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude. Diesmal hatte ein ganzes Netzwerk linker Organisationen und Verbände den Verlauf der Veranstaltung vorbereitet.

Das Motto ihres Hauptanliegens „Brecht die Macht der Banken und Konzerne“ hallte lautstark durch Berlin-Mitte.

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Peter Grottian verwies darauf, dass die Bewegung zwar eine inhaltliche Diskussion und Profilierung noch vermissen lässt, aber jetzt endgültig einen gesunden Anfang genommen habe. Der eingeschlagene Entwicklungsweg sei klar und relativ rasch erreichbar. Diese Gedanken bereicherte Jonas Schiesser, Mitglied der Antifaschistischen Aktion Berlin. Seine Mitstreiter könnten eine ganze Menge dazu beitragen.

Eine Arbeitsgruppe gab bekannt, dass sie in Auswertung der Erfahrungen in Ägypten ein Projekt erarbeitet hätte, wie man unter Nutzung des südlichen Teils der Wiese im Regierungsviertel ein beständiges Protestcamp errichten könnte. Verhandlungen mit dem zuständigen Bezirksamt laufen bereits.

Am 12. November 2011 sollen im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages der Bundestag und Teile der Bundesregierung in Berlin von Demonstranten „umzingelt“ werden.

Auch am dritten Wochenende – 29. und 30. Oktober – fanden sowohl in Frankfurt/Main als auch in Berlin Protestaktionen der Occupy – Bewegung statt. Zur Charakterisierung zeigten einige Medien auch die Losungen mit denen sie die Stimmung widerspiegeln: >>Wenig Brot und viele Gauner<<, >>Ein Hauch von Internationalismus<< und >>Die Zeit ist reif für einen Wechsel<<, die besonders den „Attac – Ratschlag „Occupy – Frankfurt – Demo“ bestimmten. Für die Abschlusskundgebung wurde spontan die Tagesordnung aktualisiert und es konnte festgestellt werden, dass das Protestcamp weiterhin ohne Ermüdungserscheinungen funktioniert.

Auf der Abschlusskundgebung Frankfurt/Main und bei den Demos waren dann eine Reihe neuer Plakate mit klugen Losungen zu sehen: „Den Finanz-Vampiren endlich den „Saft“

abdrehen! Die Realwirtschaft muss leben können“, „Es gibt wenig Brot für die Massen und viele Gauner“, „Ihr verzockt unsere Zukunft“, „Brot ist keine Handelsware“, „Nach der Krise ist vor der Krise“.

In der Diskussion trat wiederum eine Rednerin mit der Forderung auf, Losungen, Plakate und Bilder zu Hause zu lassen, aber vor allem junge und ältere Gewerkschaftler folgten dem nicht, sondern stärkten die kapitalismuskritische Ausrichtung der Bewegung.

Erstmalig erklang aus einem Lautsprecherwagen die „Internationale“ als die Demonstranten an der Paulskirche vorbei kamen, in der bekanntlich 1848-49 die Deutsche Nationalversammlung getagt hatte.

Zu hören war immer wieder lautstark der Ruf „Hoch die internationale Solidarität“. Der Besuch Frankfurter Parlamentarier der „LINKEN“ wurde ebenso begrüßt, wie der Auftritt des niedersächsischen Bundestagsabgeordneten der LINKEN Dieter Dehm, der mehrfach das von ihm in den 80er Jahren verfasste Lied „Monopoly“ vortrug und viel Beifall erhielt. Aktivisten von Attac berichteten über eine Verzehnfachung der Zugriffe auf die zentrale Webseite sowie über durchschnittlich fünf Neueintritte in ihre Organisation pro Tag im September und 28 pro Tag im Oktober.

Hervorgehoben werden müssen die vielfachen Bereitschaftserklärungen an den geplanten „Umzingelungsaktionen“ am 12. November im Berliner Regierungsviertel und im Frankfurter Bankenviertel teilzunehmen.

Von den Berliner Aktionen an diesem Wochenende berichtete die Berliner-Zeitung (1.11.) „Nach wochenlangen Versuchen hat die Bewegung der Kapitalismuskritiker Erfolg gehabt mit ihrem Versuch, nach New Yorker Vorbild auch eine Zeltstadt in Berlin zu errichten. Gregor Hohberg, der Pfarrer der Evangelischen

Kirchengemeinde St. Petri St. Marien in Mitte, hat den Aktivisten das Campen auf einer Wiese erlaubt, die zum Kirchengrundstück an der Klosterstraße 66 gehört. 'Die Occupy- Bewegung setzt sich für Gerechtigkeit und Frieden ein und stemmt sich gegen die Allmacht des Kapitalismus. Das sind Werte, die wir teilen', sagt Hohberg."

Das Camp ist zunächst befristet tätig. Danach wird der Kirchenrat über das weitere Vorgehen abstimmen. Die Protestler dürfen die Toiletten und den Gemeindesaal nutzen. 'Alles verläuft bisher sehr friedlich', sagte eine Kirchensprecherin.

Die Aktivisten wissen, sie müssen Ordnung halten, um keinen Anlass zu Beschwerden zu geben. Alkohol und Drogen sind verboten. Müll wird getrennt. Bis zu 50 Menschen kommen täglich vorbei.

Im Internet steht eine Liste mit Dingen, die die Aktivisten für ihr Camp noch brauchen: Taschenlampen, Kameras, Beamer, Decken und laktosefreie Schokolade. 'Wir wollen uns dauerhaft einrichten. Die Kirche gewährt uns einen geschützten Raum', sagt ein Mann, der Martin heißt. Er sagt, die Camp-Bewohner diskutierten nicht nur über die Finanzkrise, es gehe auch um Hartz IV, Mindestlohn und Atomkraft. Die Occupy- Bewegung plane weitere Camps in Berlin. Bisher hat die Polizei Zeltlager im öffentlichen Raum verboten. Sie verbot Zelte vor dem Bundestag, am Wochenende ein Zeltlager am Spreeufer.

Auf dem Gelände in der Klosterstraße darf die Polizei nicht agieren. Das Grundstück gehört der Kirche. Trotzdem steht am Montag ein Polizist im Camp. Er sei zuständig für den Abschnitt, sagt er, und er wolle Beschwerden von 'sensiblen Anwohnern' und aus 'sensiblen Einrichtungen' verhindern. Direkt gegenüber dem Camp hat die Senatsinnenverwaltung Berlin ihren Sitz.



Am 5. November ergriffen 40 Anhänger der Berliner Occupy-Bewegung die Initiative, mitten im Regierungsviertel und nahe am Zentrum der Staatsmacht den früheren Bundespressestrand am Spreeufer zu besetzen und 70 Zelte aufzustellen. In einem Brief an die Pächterin, Frau Johanna Ismayer, baten sie um Erlaubnis und versicherten: „Wir haben nicht die Absicht, irgendetwas zu beschädigen.“ Die Zeltstadt wollen sie als „öffentliches Forum der Empörung“ nutzen. Ihr Ansinnen hatte Erfolg zunächst bis Ende November, da sich dann die Pachtverhältnisse wahrscheinlich ändern. Frau Ismayer erklärte, sie werde keine Anzeige erstatten, solange „alles friedlich und ordentlich“ bleibe.

In der Zeitung „Neues Deutschland“ (24. 11.) wird an zwei Beispielen berichtet, wie Berliner Occupy -Demonstranten ihre bisherigen politischen Aktionen weiter entwickeln und bereichern:

- Am 22. November waren rund 30 Personen vom Protestcamp am Spreeufer aufgebrochen und zum Hauptbahnhof Berlin gezogen: „Mit Zelten und Transparenten hatten sie sich auf dem Washingtonplatz niedergelassen. In einer Pressemitteilung hatte die Bündnis Occupy Berlin zuvor angekündigt, ein weiteres Camp „an einem attraktiven Ort“ errichten zu wollen. Gespräche zwischen Demonstranten und der Deutschen Bahn habe es bereits gegeben – das Unternehmen aber habe sich nicht zuständig gefühlt. Auch die Polizei griff zunächst nicht ein: „Wir hoffen, dass es eine schöne, humorvolle, entspannte Aktion wird“ sagte Johannes Ponader von Occupy Berlin einer Nachrichtenagentur.
- Das zweite Beispiel der Reaktion von jungen Mitstreitern aus dem Berliner Protestcamp am Spreeufer, über das Sonja Vogel berichten konnte, betraf die mit den Mitteln der Kunst gekonnte Nutzung eines satirischen Flashmobs im Eingangsvorraum des Bundesfinanzministeriums gegen ausbeuterische Methoden und ungezügelter Gier kapitalistischer Banken, Versicherungen und Börsen. „Geld, Geld, Geld“, so skandierte

eine kleine Gruppe von Protestcampern, bekleidet mit opulenten Pelzmützen und großen Sonnenbrillen, während irritierte Passanten das Bundesfinanzministerium betraten, stehen blieben und aufmerksam zuhörten. In den Händen hielten die Protestler Schilder mit den Schlagworten „Profit“ und „Gier“. In Sprechchören gab sich die Gruppe als „das eine Prozent“ zu erkennen - in Umkehrung des Slogans der Occupy Wall Street Bewegung: „Wir sind die 99 Prozent“.

„Wir fühlen uns von den Demonstranten bedroht und wollen, dass Herr Josef Ackermann unsere Rechte vertritt“, erklärte eine junge Frau dem Wachpersonal, das ihr den Zutritt zum Gelände verwehrte. Ginge es nach ihr, würde des Occupy-Protestcamp am ehemaligen Bundespressestrand sofort geräumt und Deutsche Bank Chef Josef Ackermann zum Präsidenten ernannt, behauptete sie. Nach wenigen Minuten war das Spektakel zu Ende und die Gruppe weitergezogen.“

Kristian Schneidewind hatte diesen Flashmob mit organisiert und gehofft, damit Sympathisanten für die Occupy-Bewegung zu gewinnen. „Wut berührt die Bürger mehr“, behauptete der junge Mann.

### Internationaler Besuch bei der „Occupy“- Bewegung in Berlin

Am 18. November hatten die Anhänger der „Occupy“- Bewegung Berlin mit Frau Professor Angela Davis aus den USA außerordentlich hohen Besuch in ihrem Camp am Spree-Ufer. Die in der ganzen Welt bekannte und vielfach geehrte US-amerikanische Bürger- und Menschenrechtsaktivistin hatte wenige Tage vorher in der Hauptstadt Washington, D.C., gegenüber jungen „Occupy Wall Street“- Demonstranten erklärt: „Wir sagen Nein zu großen Banken“ und ihre darauf folgenden Worte wurden im Sprechchor wiederholt: Nein zum globalen Kapitalismus, zu Rassismus, Ausbeutung und Fremdenangst.

Im Gespräch mit der Zeitung „jungen Welt“ (21.11.) antwortete Angela Davis auf die Frage, ob sie überrascht war, als die „Occupy“-Bewegung aufkam: „Einerseits ja, andererseits hatte ich auf so eine Bewegung gehofft. Die Kritik an der Obama - Regierung hatte sich fast drei Jahre angestaut. Dass er überhaupt gewählt wurde, war ja schon ein Ausdruck des Wunsches nach sozialen Veränderungen, der sich nicht erfüllt hat. Die jungen Leute, die ihn gewählt haben, hatten Erwartungen an ihn. Folgerichtig machen sie jetzt Druck auf der Strasse.“

Der Berlin-Aufenthalt von Angela Davis ist diesmal verbunden mit ihrer Entgegennahme des „International ethecon Blue Planet Award“ 2011 für „herausragendes Engagement bei Rettung und Erhalt unseres Blauen Planeten.“

### Wie geht es mit der Occupy- Bewegung weiter?

Vor genau zehn Wochen besetzten Occupy- Demonstranten den Zuccotti- Park im Finanzdistrikt von Manhattan in New York City. Besonders in vielen nordamerikanischen und europäischen Städten, aber auch an Plätzen anderer Kontinente fanden Demonstrationen und Kundgebungen gegen soziale Ungleichheit und die Macht der Banken, für Demokratie und Mitbestimmung statt. Aus Pressemeldungen geht hervor, dass sich die friedliche und erfolgreiche Occupy Wall Street Bewegung als fruchtbarer Boden für eine ganze Reihe neuer Widerstandsaktionen und sozialer Kämpfe erwiesen hat: Kampf gegen rassistische Polizeipraktiken, für Armenspeisungen, Mindestlöhne, Abschiebungen ohne juristische Begründungen, für Umweltprobleme beim Neubau von Öl-Pipelines, geplante neue Generalstreiks u. a.

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Peter Grottian verwies darauf, dass die Bewegung zwar eine inhaltliche Diskussion und Profilierung noch vermissen lässt, aber jetzt endgültig einen gesunden Anfang genommen habe. Der eingeschlagene Entwicklungsweg sei klar und relativ rasch erreichbar.

Das Bewusstsein zu den '99 Prozent gegen ein Prozent' zu gehören und das Gefühl, nicht allein zu sein, sondern sich wie Aktivisten der Gewerkschaften und Bürgerrechtsbewegungen, gemeinsam und organisiert voran zu bewegen, waren Anregungen, ausgelöst durch die Occupy- Bewegung. Ein großes Frühlingsfest, auf dem der überstandene Winter gefeiert werden soll, ist bereits geplant. Alle in den USA existierenden und politisch wie organisatorisch gut funktionierenden Occupy - Gruppen haben Pläne entwickelt und in die Praxis umgesetzt, um zu überwintern und zu Beginn des Wahljahres 2012 wieder kräftig anzutreten, um das End-Wahlresultat für Präsident, Vizepräsident, alle Abgeordneten und ein Drittel der Senatoren des Kongresses bedeutsam zu beeinflussen und mit zu entscheiden.

Im größten Zelt der „Occupy“- Bewegung Berlin diskutierte Angela Davis über die von ihr gesammelten Erfahrungen im Kampf um die Revolution für eine neue Welt. Sie erinnerte an mehrere Besuche in Ostdeutschland, u. a. als sie 2010 in einem Leipziger Theater aufgetreten war und darum bat, dass diejenigen Leute aufstehen sollten, die ihr in der Vergangenheit Postkarten mit roten Rosen geschickt hatten. Fast alle Anwesenden seien aufgestanden. Daraufhin erhoben sich im Zelt-Camp am Spree-Ufer in Berlin alle Anwesenden geschlossen. Angela Davis betonte am Schluss der hochinteressanten Diskussion, dass ihr Beispiel eines zeige: Revolution ist eine ernsthafte Sache fürs ganze Leben.